

Das superrote Infoblatt

Kommunalpolitische Informationen der KPÖ Linz

KPÖ



Nulltarif auf allen Linzer Linien

Die fahrscheinfreie und kostenlose Beförderung könnte die Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs in Linz enorm erhöhen.

Wäre es schön? Es wäre schön! Nulltarif auf allen öffentlichen Verkehrsmitteln in der Stadt. Die KPÖ fordert das. Dahinter steckt aber keine phantasti-

sche Wunschvorstellung, sondern vernünftige und finanzierbare Realpolitik. Ein Nulltarif macht Mobilität für alle ohne Einschränkung möglich und ist

ökologisch sinnvoll. Und so nebenbei wäre damit auch das Schwarzfahren mitsamt den lästigen und teuren Kontrollen abgeschafft.



Gerlinde Grün
KPÖ-Gemeinderätin

Nach dem SWAP ist vor dem SWAP

Aus Schaden wird man klug, heißt es im Volksmund. Anders ist es bei den Linzer StadtpolitikerInnen.

Eine der Ursachen des SWAP-Debakels ist die Selbstentmächtigung des Gemeinderates. Die KPÖ forderte daher, den Gemeinderat wieder mit diesen Aufgaben zu betrauen. Die Fraktionen

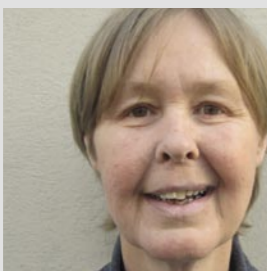
ziehen es aber vor, weiterhin unter Ausschluss der Öffentlichkeit im Stadtsenat Finanzgeschäfte zu tätigen.

Mangelnde Demokratie und Transparenz

Demokratiedefizite und mangelnde Transparenz scheint die Stadtseatsparteien nicht zu stören. Kein Wort dazu von der FPÖ und den Grünen, die sich gerne das Eintreten für kommunale Demokratie aufs Fähnchen heften.

Was bringt eine Energiegrundsicherung?

Der Winter steht bevor und damit die Sorge, dass die Wohnung kalt und finster wird, weil Strom und Heizung nicht mehr bezahlt werden können.



Margarete Seyr Textildesignerin

Wer nur eine Mindestpension erhält oder nur wenig verdient, muss vor Nachzahlungen bei Strom oder Heizung zittern. Das ist entwürdigend und traumatisierend. Warum nicht das Geld statt für die teure Weihnachtsbeleuchtung für eine Energiegrundsicherung verwenden?



Katharina Kain Studentin

Derzeit muss man für Strom und Heizung eine Grundgebühr leisten, unabhängig wie viel Energie man tatsächlich nutzt. Das begünstigt jene, die viel verbrauchen. Es wäre besser, ein kostenloses Grundkontingent einzuführen. Das wäre sozial gerecht und ein Anreiz, Energie zu sparen.



Christian Lang Wohnbetreuer

Gerade Arme, Arbeitslose, PensionistInnen und kranke Menschen sind von hohen Energiekosten betroffen, da sie ja den Großteil ihrer Zeit oft auch unfreiwillig in der Wohnung verbringen müssen. Ist die dann auch noch kalt oder finster, wird die Situation noch bedrückender.

Freie Kultur als Feigenblatt

Die Stadt Linz lässt die Kulturinitiativen der freien Szene langsam verhungern.

Jahrzehntlang hatte die freie Kunst und Kulturszene für die herrschende Politik hierorts die Funktion eines Federschmucks. Er wurde vorgezeigt, wenn es galt, Linz als besonders liberal darzustellen, oder bei der Entwicklung des Labels Linz als Kulturhauptstadt.

Eine Feigenblatt-Funktion wie sich zeigt. Ein überdies billiges Vergnügen für die Stadtpolitik, betrug doch der Anteil der freien Szene am Linzer Kulturbudget zuletzt gerade

mal 2,7 Prozent. Seit 2004 stagniert das Budget für die freie Szene.

Die Folgen sind evident

Prekarisierung ist unter KünstlerInnen und KulturarbeiterInnen der Normalfall. Kulturinitiativen agieren aufgrund der Kürzung von Mitteln am Rande des Abgrunds. Die Forderungen, welche die freie Szene dem Kulturreferenten übermittelt hat, sind angesichts der Lage mehr als bescheiden.



Franz Fend
ist Mitglied des Linzer
Stadtkulturbeirates

Freifahrt für alle!

Mobilität muss ökologisch verträglich und sozial für alle möglich sein. Die KPÖ will die Freifahrt für alle mit den öffentlichen Verkehrsmitteln in Linz.



Es gibt Bereiche der so genannten öffentlichen Daseinsversorgung, die nicht der Markt- und Preislogik unterworfen sind. Ein Schulbesuch ist grundsätzlich kostenlos und niemand würde dies ernsthaft in Frage stellen. Warum soll das nicht in anderen Bereichen auch so sein? Für uns ist Mobilität ein solches Grundrecht, was allen zusteht. Alle sollen zumindest in der Stadt ohne zu bezahlen von A nach B kommen.

Soziale Sicherheit

Der Nulltarif ist ein Beitrag zur Armutsbekämpfung und für mehr soziale Sicherheit. Menschen, die wenig verdienen, sollen nicht ihr sowieso schon geringes

Einkommen auch noch für Mobilität ausgeben müssen. Der Aktivpass der Stadt Linz reduziert zwar für die BesitzerInnen schon jetzt den Fahrpreis, nur sicher ist nicht, ob es diese zeitlich begrenzte Aktion weiterhin gibt. Besser ist, die Beförderung mit den „Öffis“ im Stadtgebiet frei anzubieten, ohne umständliche und aufwendige Prüfungen und mit Sicherheit.

Ökologisch sinnvoll

Mit der Freifahrt wäre auch ein zusätzlicher Anreiz geschaffen auf den öffentlichen Verkehr umzusteigen und auf das Auto zu verzichten. Ziel muss es sein den öffentlichen Personenverkehr zu verbessern und attraktiver zu machen. In

Zeiten von Klimaschutz und Energiewende eine notwendige Maßnahme.

Finanzierbar

Der Nulltarif ist finanzierbar - wenn man will. Nur rund 30 Prozent der Kosten werden derzeit durch den Verkauf von Tickets getragen. Mehr als 70 Prozent kommen schon jetzt aus dem öffentlichen Bereich. Die nicht unbedeutenden Kosten durch Fahrscheinkontrollen, Ticketautomaten, etc. würden bei einer Umstellung ohnehin wegfallen. Die restlichen anfallenden Mehrausgaben können z.B. durch eine Nahverkehrsabgabe, ähnlich der U-Bahnsteuer in Wien, oder einem Beitrag auf die Grundsteuer finanziert werden.

Spitze Splitter aus dem Gemeinderat

Teure Stadtwache

130 Euro kostet eine Handlung der Stadtwache, vielfach ist das nur die Auskunft wo das nächste öffentliche WC ist. Das ergab die Bilanz des ersten Jahres. Trotzdem hat die Mehrheit des Gemeinderates im September den Antrag von Grünen und KPÖ die Stadtwache aufzulösen abgelehnt.

Mehr Personal für Fahrgastinfo

Das für Fahrgastinformation zuständige Personal der Linz Linien ist an der Grenze seiner Leistungskapazität. Darauf wies KPÖ-Gemeinderätin Grönn bei einem Antrag auf Ausbau der Fahrgastinformationen hin und forderte die im Aufsichtsrat vertretenen Parteien zum Handeln auf.

Beim Sozialamt alles ok?

Über einen oft recht rüden Umgang mit ihren Anliegen berichten zahlreiche auf soziale Hilfe angewiesene Menschen. Dies wurde von Sozialreferent VBgm. Luger bei der Beantwortung einer KPÖ-Anfrage zum Umgang mit KlientInnen beim Sozialamt wohlweislich unterschlagen.

Kritik an Ausgliederung

Mit dem Vorsteuerabzug der in das Kinder- und Jugendservice ausgegliederten Kindereinrichtungen wurde die Einführung eines Werkbeitrages von zehn Euro im Jahr begründet. Finanzstadtrat Mayr sah sich bemüht, einmal mehr gegen die konsequente Ablehnung der Ausgliederung öffentlichen Eigentums durch die KPÖ zu polemisieren.

Eine Straße für Henriette

Zwar kein Park in zentraler Innenstadtlage, aber immerhin eine Straße in Pichling wird nach der Schriftstellerin Henriette Haill benannt.

Zu Jahresbeginn hatten sich 57 namhafte Persönlichkeiten, darunter auch Altbürgermeister Hugo Schanovsky, unter dem Motto „Ein Park für Henriette“ dafür ausgesprochen, den neugestalteten Park zwischen Vereinshaus und Hessenplatz nach Henriette Haill zu benennen. Bgm. Dobusch griff das

Anliegen allerdings nicht auf, sagte jedoch eine Straßenbenennung zu.

Der vergessene Engel

Henriette Haill (1904-1996) wuchs in ärmlichen Verhältnissen am Römerberg auf und erlebte die Umbrüche des 20. Jahrhunderts mit. Sie war eine begabte und Zeit ihres Lebens eine politisch engagierte Schriftstellerin. Die Anerkennung für ihr literarisches Schaffen blieb ihr auf Grund ihres Geschlechts, ihrer kommunistischen Gesinnung und ihrer Bescheidenheit allerdings verwehrt.



Der Westring wirft lange Schatten

Geht es nach ÖVP und SPÖ soll eine autogerechte Schneise quer durch Linz geschlagen werden.

Bürgerinitiativen, Grüne und KPÖ warnen vor dem verkehrspolitischen Irrwitz. In der Bevölkerung macht sich Skepsis breit, KritikerInnen setzen auf die noch offene Umweltverträglichkeitsprüfung. Im Windschatten des Westrings werden längst Nägel mit Köpfen gemacht. So beschloss etwa der Gemeinderat mit

den Stimmen der SPÖ, ÖVP und FPÖ Flächenwidmungsplanänderungen für den Froschberg. Mit den beschlossenen Änderungen kann nun in einem bis dato reinen Wohngebiet ein sechsstöckiger Büroturm trotz Wohnqualitätsverlust für die AnrainerInnen errichtet werden.

Blankoscheck für Finanzierungsabenteuer

Auch in Finanzierungsfragen ist die SP und VP bereit sich in neue Abenteuer zu stürzen. Mit ihren Stimmen wurde

die Übernahme von fünf Prozent der immensen Westringerrichtungskosten beschlossen.

Die KPÖ hat sich von Anfang an gegen den Westring ausgesprochen. Er dient den Interessen der Bau- und Finanzwirtschaft. Mit den Kosten des Westrings könnte der öffentliche Verkehr ausgebaut und die Autolawine reduziert werden. Eine zukunftsweisende Verkehrs- und Stadtplanung muss in diese Richtung gehen.

Aktuell, Nummer 08, November 2011

Impressum: Medieninhaberin (Verlegerin), Herausgeberin: KPÖ-Oberösterreich, Melicharstraße 8, 4020 Linz, Telefon +43 732 652156, Mail ooe@kpoe.at, Web <http://ooe.kpoe.at>; Konto Oberbank 480 2195 00 (BLZ 15.000); Druck: digitaldruck.at, Leobersdorf.



Antwortkarte (oder E-Mail an ooe@kpoe.at)

Ja, ich bin interessiert, schickt mir Infomaterial:

(Gewünschtes ankreuzen, Absender nicht vergessen, Karte abtrennen und in den nächsten Postkasten werfen.)

- Kommunalprogramm
- Probeexemplar „Café KPÖ“
- Probeexemplar „Volksstimme“
- Probeexemplar „Die Arbeit“
- Newsletter an meine E-Mailadresse:

Name und Anschrift:

Postgebühr
zahlt
Empfängerin!

**An die
KPÖ-Linz
Melicharstraße 8
4020 Linz**